Bezugs-Preise:
Inland: durch Post monatlich 0,30 Goldmark, durch Kreuzband 0,50 Goldmk., Deutsch-Österreich 6000 Kronen.
Ausland: Viertelj. 1/2 Dollar.
Anzeigen-Preise:
Für die 1spaltige Millimeter-Zeile 5 Goldpfg., d. ganze Seite 200 Goldmark. Bei Platzvorschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

Einzelpreis 200 Milliarden Mark
mit Deutschem Schrifttum Nr. 12

Reichswart
Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6, entgegen. Fernsprecher: Amt Lützow 6052. Bank-Konto: Darmstädter- und Nationalbank, Berlin, Potsdamer Straße 56. Postscheck-Konto: Berlin 8571 4
Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 50 | Sonnabend, den 15. Dezember 1923 | 4. Jahrgang

Inhalt: Die bayerischen Gefangenen. — Die Internationalisierung der deutschen Westindustrie. — Nationales Heim und Staatsbürgerwohnung. — Die Lösung des sozialen Problems. — Hamburger Bank von 1923.

Die bayerischen Gefangenen.

In München haben während der vergangenen Woche die Verhaftungen Völkischer ihren Fortgang genommen. Gleichzeitig erzählen die offen oder versteckt klerikalen Blätter Tag aus Tag ein dem bayerischen Volk, einer wie furchtbaren Katastrophe es durch die Entschlossenheit Kahrs und seiner Getreuen entgangen sei. Eine Regierung Hitler würde, so schreiben diese Blätter, eine dauernde, an Blutigkeit und Zerrüttung von Tag zu Tag zunehmende Katastrophe für das bayerische Volk, für ganz Deutschland und die Welt gewesen sein. Also müsse man dem Herrn der Heerscharen danken, daß er im letzten Augenblick durch seine auserwählten Rüstzeuge den Satan und Antichristen in den Abgrund habe schleudern lassen. Nie dürfe diese Gefahr wiederkommen, also: „Rein ab, rein ab bis auf den Boden!" wie die Schrift sagt.

Es handelt sich in Bayern, und zwar nicht nur da, wie wir nachher sehen werden, um einen den Ketzerverfolgungen früherer Jahrhunderte ganz analogen Vorgang. In der letzten Nummer des „Reichswarts" wurde die Parole des Organs des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" erwähnt, von der „Einheitsfront der Gerechten", nämlich der Katholiken, Protestanten und Juden, gegen die völkischen Antichristen: „Wir müssen uns allmählich davon überzeugen, daß Antisemitismus und Antichristentum vollkommen identisch sind . . . Der neudeutsche Geist, der unter dem heidnischen Zeichen des Hakenkreuzes gewaltsam sich durchsetzen will, ist aus religiösen Gründen von Israeliten und Christen bedingungslos abzulehnen." —

Man kann die protestantische und die katholische Geistlichkeit, ihre Anhänger und ihre Gläubigen, aufrichtig zur jüdischen Bundesgenossenschaft beglückwünschen. Die Juden als Schützer der christlichen Religion, — das ist ein Bild von weltgeschichtlicher Tragikomik für das Christentum und ein böses Zeichen für seine berufenen Vertreter, die es mißdeuten oder mißverstehen. Von der Seite der Vertreter des Christentums gesehen, bildet die eigentliche, geistige und gefühlsmäßige Grundlage für diese denkbar unsittliche Karikatur einer „Einheitsfront der Gerechten" —: die Anerkennung und Heilighaltung des sogenannten Alten Testamentes als Fundament der Kirchen und der christlichen Bekenntnisse. Damit ist die Anerkennung des Judentums als des auserwählten, des messianischen Volkes verbunden. Das Bild ist reizvoll: Die Juden kreuzigen Jesus, beschimpfen ihn, seine Lehre und alles, was ihn angeht, mit dem ganzen Aufwande des jüdischen Hasses, arbeiten, solange die christlichen Kirchen bestehen, an ihrer Bekämpfung und Zersetzung öffentlich und geheim, — und heute umfassen sie unter dankbarer Zustimmung von Katholiken und Protestanten den Stamm desselben Kreuzes, an dem der von ihnen gekreuzigte hängt, und halten es hoch gegen den völkischen Antichristen als eine Einheitsfront der Gerechten. Sie haben es beide weit gebracht: das Christentum und das Judentum, ein jegliches nach seiner Art!

Diese Vorbemerkung war nötig zum Verständnis, worum es sich jetzt handelt. In Bayern herrschen, im Sinne des Wortes, die Vertreter und Führer des Klerikalismus. Man kann sie wohl zusammenfassen in die beiden Namen: Dr. Heim und Kardinal Faulhaber. Beide sind entschlossen, soweit es an ihnen liegt, jetzt, wo sie die Macht in Händen haben, die völkische Bewegung ganz auszurotten. Dafür wendet man als Mittel an: Verfolgung und Einkerkerung aller Führer, dauerndes Verbot der völkischen Presse, Terrorisierung und Zerstreuung der Gefolgschaften, alles zur Ehre Gottes und seiner erhabenen Stellvertretungen, in den verschiedenen Formen der Einheitsfront der Gerechten. Es ist gewiß taktlos, sich in den Gang einer heiligen Handlung einzumischen. Trotzdem erlaube ich mir, die Frage öffentlich zu erheben — es wird nicht das letzte Mal sein —:

Was geschieht mit Hitler und den zahlreichen anderen Verhafteten?

Welche Absichten verfolgt man ihnen gegenüber?

Es sind nicht allein die Feinde der völkischen Führer, die an deren Geschick Anteil nehmen, sondern auch ihre Freunde. Die Herren Heim, Faulhaber und die übrigen führen sich vielleicht auch die Tatsache zu Gemüte, daß die verhafteten völkischen Führer mehr Freunde haben, als die Gerechten der Einheitsfront vielleicht im Augenblick annehmen, und daß diese Freunde mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Schicksalsaussichten für Hitler, Pöhner und wie sie alle heißen, verfolgen.

Bekanntlich hatte sich Bayern geweigert, die völkischen Führer an den Leipziger Staatsgerichtshof auszuliefern. Neuerdings besteht jedoch einiger Grund zur Annahme, daß die leitenden Großinquisitoren in Bayern anderer Ansicht geworden sind. Manche unter ihnen fürchten anscheinend Verhandlungen gegen Hitler, Pöhner usw. vor einem bayrischen Volksgericht, daß der Ausgang nicht so sein würde, wie man zur höheren Ehre Gottes für notwendig hält. Selbstverständlich würde man auch in Bayern für ein Stattfinden der Verhandlungen in Bayern einen wohlorganisierten, mächtigen Apparat in Funktion setzen, um der Unwahrheit die Ehre zu geben. Die Sache bliebe aber immer Bayern, und es wäre allzu denkbar, daß den Anklägern und der gesamten Einheitsfront der Gerechten nicht gelingen würde, dem gesunden Gefühl des bayerischen Volks das Bild Hitlers und seiner Freunde und der nationalsozialistischen Bestrebungen so zu verfälschen, wie man es braucht, und sie mit ihren Zeugen derart zu behindern, wie ein Kampf gegen den Antichristen es erfordert.

In Leipzig würde das alles ganz anders sein, ganz anders, viel schöner. So kann man sich nicht darüber wundern, daß die leitenden Klerikalen Bayerns wünschen, sehr möglicherweise schon tatsächlich auf dem Wege sind, die derzeitige bayerische Weigerung, die völkischen Antichristen an das Reich zur Aburteilung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig auszuliefern, rückgängig zu machen. Als Morgengabe für die glücklich wiederhergestellte Harmonie zwischen München und Berlin würden zu beiderseitiger hoher Genugtuung die von den Mörderkugeln vor der Feldherrnhalle unglücklicherweise nicht getroffenen nationalsozialistischen Führer dem Staatsgerichtshof überantwortet werden. Daß jene Harmonie in voller Wiederherstellung sei, wurde schon neulich hier bemerkt. Sie war schon unter Stresemann in vollem Gange. Diesem Kanzler vom jüdischen Flügel der Einheitsfront der Gerechten ist der Kanzler vom Zentrumsflügel derselben Front, Herr Marx, gefolgt, der, nach seinem Ausspruch, die Weimarer Verfassung als von Gott geheiligt ansieht und die auf ihr ruhenden Kabinette als von Gottes Gnaden bezeichnet hat. Wie könnte es da noch Meinungsverschiedenheiten oder gar ernst zu nehmende Differenzen zwischen München und Berlin oder zwischen Berlin und München geben?

Für uns Völkische ist wichtig genug, diese Lage der Dinge kühl und klar zu übersehen. Die Unterdrückung und Verfolgung der Völkischen und die systematische Stimmungsmache gegen sie nahm ihren Anfang nach der Ermordung des — seinem Wesen und Wirken nach sozialdemokratischen — Zentrumsmanns Erzberger und des vom Zentrum anbetungsvoll verherrlichten Juden Rathenau. Die völkische Bewegung freilich hat mit keinem dieser beiden Morde etwas zu tun gehabt. Ein Zentrumskanzler, Dr. Wirth, lancierte das lange vorbereitete Gesetz zum Schutz der Republik, das der Jude Preuß vorher öffentlich als nötig erklärt hatte, und das die Judenschaft mit allgemeinem Aufatmen als zu ihrem Schutz, d. h. zu dem ihrer Herrschaft und Willkür gemacht und in Kraft gesetzt begrüßte. Nach dem Verrat vom 8./9. November 1923, nach dem Morde vor der Feldherrnallee und der Verhaftung der Ueberlebenden ist die Parität zwischen Bayern und Norddeutschland hergestellt, nachdem sie zum Schmerz des Klerikalismus nicht vorhanden gewesen war, solange Hitler an der Spitze seiner Bewegung gestanden hatte. In München wie in Berlin ist die gleiche Entschlossenheit vorhanden, die, wie man meint, jetzt vorhandene Gelegenheit zu benutzen, um die völkische Bewegung zu zerstören, indem man ihr die Führer nimmt und die Wurzeln abschneidet. Im Norden wie im Süden ist die Einheitsfront der Gerechten vorhanden. Die nationalsozialistische Partei ist aufgelöst und verboten. Die völkischen Organe Bayerns dürfen nicht erscheinen. Dr. Heim soll sich bereits geäußert haben, man würde nicht rasten und ruhen, bis alles erreicht sei. Nie wieder dürfe in Bayern eine völkische Presse erscheinen. Auf demselben Wege bewegen sich allem Anscheine nach die Absichten und Dinge in Norddeutschland. Wir Völkischen machen uns über den Stand der Dinge keinerlei Illusionen. Wir sehen auch, daß die gegen uns gerichtete Verfolgung und Unterdrückung nur einen Teil oder, sagen wir auch, das Mittel für die weitgreifenden Pläne der römischen Kirche einerseits, des Judentums anderseits bildet. Diese beiden Weltmächte befinden sich den Völkischen gegenüber augenblicklich in einer Zweck-Gemeinschaft. Wie sie sich später einmal auseinandersetzen werden, steht heute nicht zur Erörterung. Sie haben im übrigen mehr Gemeinsames, als zumeist begriffen wird. Ihr heutiger Kampf gegen uns Völkische gilt dem gesamten deutschen Volk, gilt ihm als Ganzes. Außerhalb der völkischen Kreise ist sich die deutsche Bevölkerung aber hierüber ganz im unklaren, glaubt es wahrscheinlich auch nicht. An uns Völkischen ist es, hierüber aufzuklären und den Kampf zu führen.

Heute erheben wir die Forderung an die leitenden Gewalten in Bayern, die amtlichen und die hinter ihnen stehenden Mächte: die gefangenen völkischen Führer in Freiheit zu setzen und sie für straflos zu erklären. Gerechtigkeit und Anstand gebieten das ebenso wie die politische Vernunft für jeden deutschfühlenden und innerlich unabhängigen Bayern. Wie diejenigen vollends, welche den Novemberverrat 1923 begangen haben, oder sich dazu haben zwingen lassen, es innerlich überhaupt ertragen können, daß die Verratenen, deren vaterländische Lauterkeit sie kennen, im Gefängnis sitzen bleiben, um später bestraft zu werden, das ist freilich eine Frage, bei welcher die Herren keinem anständigen Menschen in die Augen sehen könnten. Daß man sie auch verantwortlich halten würde, wenn einem der Gefangenen etwas zustoßen sollte, dürften sie sich wohl selbst bereits gesagt haben. Die Forderung, die Gefangenen in Freiheit zu setzen und straflos zu lassen, wird dadurch nicht berührt.

Ist sich die Bevölkerung Bayerns über diese Frage noch nicht klar geworden? Sie muß geweckt werden! Sie kann geweckt werden, denn der bayerische Städter und Bauer hat mit ursprünglichem, nicht irregehendem Instinkt seit Jahren begriffen, daß Hitler und seine Leute nicht allein deutsche und bayerische Patrioten sind, sondern auch das soziale Wohl des Volkes glühend und aufrichtig wollen, um seiner selbst willen, nicht um zu herrschen oder als Vorspann klerikaler und jüdischer Herrschgelüste. Das bayerische Volk wird heute mit List und Kunst im Dunkeln gehalten, auch über Hitler und seine Freunde, und darüber, was man mit ihnen beabsichtigt. Noch einmal: das bayerische Volk muß, trotz aller Schwierigkeiten, aufgeklärt und geweckt werden, ehe es zu spät ist.

Die Internationalisierung der deutschen Westindustrie.

Unsere westliche Industrie hat ihre Verträge mit Frankreich geschlossen. Aus ihrem Inhalt ist Verschiedenes veröffentlicht worden. Es ist aber anzunehmen, daß noch wichtige Bestimmungen oder Abmachungen vorhanden sind, die nicht der Oeffentlichkeit, besonders nicht der deutschen Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Vielleicht wird man gelegentlich, früher oder später, trotzdem auch hierzu Näheres erfahren. Ueber die bekanntgegebenen Abmachungen ist in Presse und Parlament nur wenig gesagt worden. Man hat die Verträge der einzelnen Firmen hier und da miteinander verglichen, die eine Bestimmung nachteiliger oder vorteilhafter, als die andere gefunden. Ueber die Bedeutung der Tatsache dieser Verträge und was hinter ihnen steht, ist nicht gesprochen worden.

Seit Jahren arbeitet eine Gruppe, bestehend aus Deutschen, Franzosen und auch Engländern, an dem Plan, den „wahren Frieden Europa" durch „Verschmelzung" ihrer führenden Industriegruppen zu geben. Schon während des Krieges wurde dieser Gedanke in bezug auf England vertreten und nach Kräften gefördert, durch gegenseitige Beteiligung an deutschen bzw. englischen Industriewerken und Unternehmungen. Nach Beendigung des Krieges warf sich die gleiche Propaganda auf die „Verschmelzung" hauptsächlich der deutschen und der französischen Schwerindustrie, mit dem Motto: „französisches Erz und deutsche Kohle" bedürften einander mit Notwendigkeit, infolgedessen gehörten sie auch politisch zusammen. Würde — so war der Gedankengang — diese Einigung und Verschmelzung der Industrien erfolgen, so wäre damit Frankreich an dem Gedeihen der deutschen Industrie und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt interessiert. Anderseits müsse die französische Regierung und die Industrie Frankreichs dafür sorgen, daß die Erzeugnisse der deutschen Industrie nicht den französischen Markt überschwemmten, die französische Industrie erstickten und das Geld aus den Taschen der Franzosen herausholten. Diese Ueberlegung werde bewirken, daß Frankreich auf Abtrennung der westlichen deutschen Industrie vom Deutschen Reich und auf ihre Angliederung in irgendeiner Form an Frankreich oder französische Interessen verzichten würde. Kämen die Dinge so, dann würde ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für die Zukunft ganz außerhalb der Möglichkeit liegen,

An die Bezieher! Im Januar kostet der „Reichswart" 50 Pfg. (unter Kreuzband 20 Pfg. mehr). Auf vielfachen Wunsch unserer Leser werden wir den direkten Postbezug wieder einrichten. Einstweilen bitten wir Bestellungen noch an den Verlag zu richten.

Das Flugblatt: **„Die Wahrheit über den Novembermord in München"** ist in großer Auflage erschienen. Im Interesse einer größeren Verbreitung haben wir den Preis ermäßigt:

10 Stück	2.—	100 Stück	15.—
50 „	9.—	500 „	60.—
1000 Stück	100.—		

Der Verlag des „Reichswart".

weil jedes der beiden Länder und Völker sich damit unmittelbar in das eigene Fleisch schneiden müßten. — Die Vertreter dieses Gedankens in Deutschland hielten für ausgemacht, daß Frankreich unter solchen Umständen sich Deutschland gegenüber ganz sicher fühlen und alle Besetzung deutschen Bodens rückgängig machen würde. Eine geschickte Pressebeeinflussung in Frankreich würde schnell und leicht die dortige öffentliche Meinung in eine allgemeine Stimmung völliger Aussöhnung mit Deutschland bringen. Auch England müsse hinzugezogen werden, schon aus industriell-technischen Ursachen, man bedürfe auch der englischen Kohle. Bei einem ausschließlich deutsch-französischen Zusammenschlusse verfüge man in diesen beiden Ländern nicht über die genügende Quantität entsprechend beschaffener Kohle. Mit diesem wirtschaftlichen Dreibund werde der Friede Europas vollkommen gesichert sein, denn er habe eben die festeste aller Grundlagen, die des wirtschaftlichen Interesses am Gedeihen des anderen. Deutschland werde auf diese Weise seine Grenzen wieder erhalten, keinerlei militärische Einfälle Frankreichs mehr zu besorgen haben. Anderseits sei die Torheit eines deutschen Rachekrieges ebenfalls zur Unmöglichkeit geworden. Die Grundlage für die „Vereinigten Staaten Europas" würde geschaffen sein, und sich in der Folge ganz von selbst verbreitern und festigen.

Der „Reichswart" hat diesen Gedanken von Anfang an für gefährlich und seine Verwirklichung für verhängnisvoll gehalten. Der französische Faktor ist dabei immer unrichtig eingeschätzt worden, durch einen ähnlichen Trugschluß, wie vor dem Kriege die englische Politik und deren Ziele, in der bekannten deutschen Phrase: Großbritannien werde nicht so töricht sein, an einem Kriege gegen Deutschland teilzunehmen und sich so seines besten Kunden zu berauben. Eine solche Ueberlegung war eben nicht maßgebend in Großbritannien, und in Frankreich steht seit 20 Jahren der Gedanke der Vernichtung Deutschlands vor und über allem anderen. Um so schwerer ist politisch verständlich, daß sogar noch Monate nach dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet Cuno, Rosenberg und selbstverständlich allen voran Herr Dr. Stresemann in herrlichen Reden und gezierten Interviews öffentlich verkündeten, daß durch solche wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der wirkliche Friede, die europäische Solidarität usw. usw., zustande gebracht werden würden; selbstverständlich würden die Franzosen dann vorher oder Zug um Zug die besetzten Gebiete räumen.

Mittlerweile ist jene deutsche Politik zusammengeklappt wie Bethmann-Hollwegs Kartenhaus 1914. Die Franzosen sind im Ruhrgebiet geblieben und Poincaré hat erklärt, man werde es nicht eher verlassen, als bis Deutschland alles bezahlt habe, was Frankreich zukomme nach dem Versailler Vertrage. Das bedeutet: niemals! Der Versailler Vertrag einschließlich späterer feindlicher zusätzlicher Forderungen, zu denen deutsche Regierungen sich haben bereit finden lassen, wie z. B. das Londoner Ultimatum, machen Deutschland zum ewigen Schuldner, sei es direkt der feindlichen Regierungen, und indirekt der internationalen Finanz oder, im Falle der heißersehnten internationalen Anleihe, direkt an die Weltleiter in der Neuyorker Wallstreet und indirekt an die feindlichen Regierungen. Das hindert nicht einen so glänzenden Staatsmann wie Herrn Dr. Stresemann, das Erpressungspapier von Versailles als einen Rechtsschutz für Deutschland anzusehen und öffentlich zu bezeichnen. Solange dieser „Rechtsschutz" deutscherseits anerkannt wird, wird Deutschland ewiger Schuldner bleiben und den Feind aus dem Lande nicht los werden.

Auf Grund der so skizzierten Lage haben die deutschen Industriegruppen ihre Verträge mit Frankreich geschlossen. Das ist aber nicht alles. Das andere liegt in der Frage: bis zu welchem Grade sind diese großen Industriegruppen des deutschen Westens — teils auch des Ostens — überhaupt noch als deutsch anzusehen? Wie groß ist der noch in deutschen Händen befindliche Teil ihres Aktienbesitzes? Wie groß ist derjenige Teil ihres Aktienbesitzes, der sich in ausländischer Hand befindet, und wie verteilt sich dieser auf die verschiedenen Länder und Staaten? Man hört den Einwurf: Ja gewiß, die Ueberfremdung in der Industrie sei da und sei sehr bedauerlich, aber man habe dagegen nichts machen können. Angesichts der schlechten deutschen Valuta hätten Ausländer Werke und Aktien lächerlich billig erwerben können und erworben. Das sei eben eine vollendete Tatsache, mit der man nunmehr rechnen müsse. In Wirklichkeit wäre es sehr wohl möglich gewesen, jener Entwicklung rechtzeitig entgegenzutreten. Die Industriegruppen selbst konnten es tun durch entsprechende Aenderungen ihrer Bestimmungen. Ebenso konnte der Staat es tun. Er hatte die Pflicht es zu tun. Natürlich ist nichts geschehen. Man steht vor der Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Industrie, und zwar der bei weitem größte Teil der deutschen Schwerindustrie sich auf dem Wege einer weit fortgeschrittenen Internationalisierung befindet, und auf diesem Wege bereits erschreckend vorgeschritten ist. Das ist dieselbe Industrie, die man in Deutschland seit Jahrzehnten als einen Inbegriff nationaler Gesinnung und Bestrebung und als eine Personifizierung bodenständigen deutschen Nationalvermögens angesehen hat.

Es gibt gute Deutsche und vaterländisch denkende Angehörige der deutschen Westindustrie, die auf solche Einwürfe etwa sagen: „Die Dinge sind nun einmal so; man könnte wünschen, daß sie anders wären. Man braucht das aber nicht so schlimm zu nehmen. Im Gegenteil ist fremdes Geld in der deutschen Industrie nur eine erfreuliche Tatsache, denn man kann es gut genug brauchen. Im übrigen sind wir den Franzosen organisatorisch und geschäftlich dermaßen überlegen, daß wir sie nach verhältnismäßig kurzer Zeit, trotz Versailles und allem, was sie noch machen können, in der Tasche haben werden!" — Das ließe sich hören, wenn es sich um einen freien Wettbewerb handelte, nicht aber um die Möglichkeit und den Willen für Frankreich, den deutschen Staat, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Volk als ein zu zerstörendes Objekt zu behandeln. In jedem Augenblick steht Frankreich jede beliebige Maßnahme der Willkür oder der Gewalt zur Verfügung, sei es wirtschaftlicher Art, oder administrativer, oder politischer, finanzieller oder auch militärischer Art. Dazu kommt die Frage, in wessen Händen die Aktien liegen bzw. ihre Mehrheit in jedem Falle. Dazu kommt weiter die Beteiligung deutscher Industriegruppen an den korrespondierenden des europäischen Auslandes.

Die Frieden und Glück bringende „Verschmelzung" und „wechselseitige Beteiligung" der Industrien bietet also schon an sich gesehen ein trübes und ernste Besorgnisse erregendes Bild. Dieses gestaltet sich noch viel dunkler, wenn wir es im Rahmen der deutschen Gesamtlage ins Auge fassen. Dann zeigt sich die internationalisierte Schwerindustrie als ein wesentliches Hindernis zur Befreiung Deutschlands von der französischen Fremdherrschaft, solange die Industrie ist, wie sie ist, solange eine gewisse Art gesetzlicher Bestimmungen über Eigentum und Aktienwesen so sind, wie sie sind. Je mehr sich das französische und das deutsche Industriegeschäft miteinander verpflichtet, desto größer wird die Gefahr, daß das Interesse der Besitzer und Interessenten dieser deutschen Industrie sich steigend internationalisiert. Je mehr aber das der Fall wird, desto größer wird der Widerstand gegen eine wirkliche Befreiung Deutschlands und gegen eine Nationalisierung, besser Vervollkliehung jener Industrie werden, die von Rechts wegen, d. h. von Volks wegen, in jedem Sinne bodenständig sein müßte und sein sollte. Man weiß wohl, daß eine gewisse Kategorie von Menschen in Deutschland einen solchen Stand der Dinge „als Frieden erhaltend" anstrebt und preist. Auch der „europäische Gedanke", die „Solidarität Europas" sollen auf solcher Grundlage herrlich erblühen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um die Solidarität des internationalen Geschäfts und „die höhere Einheit" des internationalen Kapitals und seiner genialen Leiter. Für diese hat von jeher „Europa" seinen, freilich stets unehrlichen, Namen hergeben müssen und, wie man zur Schande dieses Erdteils hinzufügen muß, widerspruchslos hergegeben.

Die Zusammenhänge zwischen auswärtiger Politik, Wirtschaft, Geldwesen, Wirtschafts- und Finanzpolitik treten hier drastisch und unerfreulich in die Erscheinung. Wer in Deutschland eine Befreiung vom fremden Joch will und anstrebt, einerlei auf welchem Wege und Gebiete, kann nicht an der Tatsache vorbeigehen, sondern muß ihr bis in die Wurzeln nachgehen und auf den Beginn der Arbeit der Vorbereitung, die gleichzeitig eine solche der Reinigung und Gesundung zu sein hat, drängen.

Detektiv-Institut. Hauptmann Holtz, Leipziger Str. 105, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1275. Erstklassige Erfolge!

Nationales Heim und Staatsbürgerwohnung.

Vor reichlich vier Wochen hat das zionistische Judentum, ja das Judentum überhaupt, einen großen Tag in fünfjähriger Gedächtnisfeier begangen. Am 2. November 1917 richtete der damalige britische Außenminister Balfour sein berühmtes Schreiben an Lord Rothschild, als das Haupt der zionistischen Organisationen Londons. Den hauptsächlichen Inhalt des Briefes bildeten die folgenden Sätze: „Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte (National Home) in Palästina mit Wohlwollen und wird die größten (!) Anstrengungen (!) machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Dabei ist klar zu verstehen, daß nichts getan werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte vorhandener, nichtjüdischer Gemeinwesen in Palästina, oder aber die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgend einem anderen Lande beeinträchtigen könnte." Die engere Vorgeschichte dieses in seinem Ton („die größten Anstrengungen machen") beispiellosen Dokuments der großbritannischen Regierung ist, ganz kurz zusammengefaßt, die folgende: „Die Führer des Zionismus, in erster Linie Weizmann, Sokoloff u. a. m., traten während des Krieges an die britische Regierung heran und entwickelten ihr den Gedankengang, sie möge mit den anderen Mächten der Entente sich dahin einigen, dem jüdischen Volk Palästina mit Jerusalem als anerkanntes nationales Heim zu schaffen. Geschähe das, so würde das Judentum der Welt ihnen mit allen Kräften zum Siege im Weltkriege helfen. Täte sie es nicht, so würden sich diese Kräfte nach der zerstörenden Seite hin in der Welt betätigen. Es handelte sich mithin um eine wohlvorbereitete und zeitlich ausgezeichnet gewählte Erpressung größten Stils. Kaum nötig zu sagen, daß Balfour, Lloyd George und wie sie sonst noch hießen, ergebene Freunde der Juden waren, wie sie es auch heute noch sind.

Der Krieg hat in dem von der Entente und von den Juden der ganzen Welt ersehnten und erstrebten Sinne geendet. Ein jüdischer Schriftsteller schrieb dazu im Jahre 1919: „Erwartungsvoll durchlebt das jüdische Volk in diesen Tagen den wichtigsten Augenblick seiner Geschichte. Dieser über seine Zukunft entscheidende Augenblick hat die Bedeutung eines historischen Wendepunktes. Er schließt seine Vergangenheit endgültig ab und leitet ein neues Volkszeitalter ein..... Heute sind die politischen Machtverhältnisse anders und günstig für uns, wie nie zuvor. Der Gedanke einer gesteigerten künftigen nationalen Selbständigkeit, die über das Kulturelle hinaus will, sich über das Wirtschaftliche erstreckt und sogar in politische Regionen sich erhebt, ist heute in den Horizont jüdisch-politischer Bestrebungen hineingerückt." Andere Juden schrieben: Die Zuweisung Palästinas bedeute für das Judentum das beglückende, größte Ereignis des Weltkrieges! Auch das ist eine Wendung, die verdient, nicht vergessen zu werden: „Das beglückende, größte Ereignis des Weltkrieges!" Der in Deutschland wohnende Jude hat den Weltkrieg trotz seiner rührenden immer wiederholten Wendungen von „unserem deutschen Vaterlande" nur unter dem Gesichtspunkt des jüdischen Volkes betrachtet und handelnd gewertet.

Im Laufe der folgenden Jahre ist dann die „nationale Heimstätte" und die Stellung des Judentums in Palästina überhaupt, ausgiebig verhandelt und ausgearbeitet worden. Die Mandatarmacht Palästinas ist Großbritannien. Das Mandat wurde im vergangenen Herbst durch Völkerbundsbeschluß endgültig in Kraft gesetzt. Schon im Jahre 1919, und zwar im Oktober, trat unter den Fittichen der britischen Regierung zu Jerusalem die jüdische gesetzgebende Versammlung zusammen. Bereits vorher war zum Gouverneur, mit der Residenz Jerusalem, Sir Herbert Samuel ernannt worden, einer der Vorkämpfer des Zionismus seit langer Zeit und Mitglied des Unterhauses seit dem Jahre 1902. Nach dem Mandat, wie es der Völkerbund, dessen jüdische Leitung hier wiederholt festgestellt und beleuchtet wurde, bestimmte, wird die britische Regierung verpflichtet, die ihr den Juden gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Zu diesen Verpflichtungen gehört mit an erster Stelle die Errichtung einer sogenannten „Jewish Agency" in Jerusalem. Das bedeutet eine jüdische Behörde zur Wahrnehmung jüdischer Interessen. Bekanntlich nennt der Engländer seine, auch politischen, Geschäftsträger und Repräsentanten: agent. So hieß der berühmte britische Staatsmann und Beherrscher Aegyptens, Lord Cromer einfach der agent dort. Erst neuerdings hat die britische Regierung für dort tönendere Titel gewählt. Die „Jewish Agency" bezweckt zweierlei: die Wahrnehmung der Interessen der in Palästina ansässigen Juden, außerdem aber soll sie eine Vertretung der gesamten Judenschaft der Welt in der „nationalen Heimstätte" bilden. Nebenbei sei bemerkt, daß, wie zu erwarten war die in Palästina heimatberechtigte arabische Bevölkerung sich durch die Juden und ihre angemaßte nationale Heimstätte auf das schwerste beeinträchtigt und benachteiligt fühlt. Nicht nur, daß die Juden in Palästina maßlos bevorzugt werden und überall mit gewohnter Arroganz seit Beginn ihrer neuen Periode auftreten, die heimische Bevölkerung bedrücken, quälen und aussaugen. Dazu kommt der Zuzug von Juden in das arabisch bevölkerte Land. Auch das geht natürlich in jedem Sinne auf Kosten der Araber. Seit Jahren hat dieses immer schroffer hervortretende Mißverhältnis zu blutigen Zusammenstößen geführt. Dabei nehmen die Juden das englische Militär zu Hilfe und jammern in Europa gleichzeitig: nun hätten auch die Araber die Ruchlosigkeit, Pogrome gegen die armen und edlen Juden ins Werk zu setzen. Britische Offiziere aber schreiben öffentlich, daß sie nur mit äußerstem Widerstreben den militärischen Befehlen, gegen die unschuldige arabische Bevölkerung vorzugehen, Folge leisten. Die „Jewish Agency" hat selbstverständlich die Araber aufs neue höchst entrüstet und ihnen die Größe der jüdischen Gefahr greifbar vor Augen gestellt. Herbert Samuel hat den Arabern angeboten, als Gegengewicht gegen die „Jewish Agency" eine „Arab Agency" einzurichten. Die arabischen Vertreter haben das bisher mit Verachtung abgewiesen, denn sie seien die eigentliche Bevölkerung des Landes und im Besitz aller dazu gehörenden Rechte. Errichtung einer „Arab Agency" sei kein Zugeständnis an sie, sondern eine Schmälerung dieser Rechte und eine Erniedrigung.

Von ungleich größerer Wichtigkeit ist die weltpolitische Seite der Jewish Agency, nämlich als Vertretung des gesamten Judentums in Palästina. Das Mandat begründet sie auf die Anerkennung des Rechts des gesamten Judentums seine nationale Heimstätte in Palästina mit dem Mittelpunkt Jerusalem einzurichten und aufzurichten. Auf dem 13. zionistischen Kongreß, der im vergangenen Herbst zu Karlsbad abgehalten wurde, hat das Thema der Jewish Agency eine große Rolle gespielt, ebenso in der jüdischen, besonders der zionistischen Literatur des Jahres.

Betrachten wir die Jewish Agency im Verfolg der großen Linie seit dem Balfourbrief, und ohne näher auf jüdische Auseinandersetzungen über Detailfragen einzugehen, so ergibt sich, daß der jüdisch geleitete Völkerbund, der wie im „Reichswart" vor einigen Monaten nach den Ausführungen eines Essener Rabbiners mit seinem Sitze in Genf ein „zweites Zion" bedeutet, eine konsequente Fortsetzung des jüdischen Grundgedankens ist. Die Jewish Agency soll, wie das Mandat ausspricht, eine Vertretung der gesamten Judenschaft der Welt in Palästina bilden. Zionistische Redner und Organe haben die weitere Erläuterung dazu gegeben, daß die Zuerkennung Palästinas an die Juden diese berechtigte und verpflichtete, nunmehr so die Judenfrage zu einer endgültigen Lösung zu führen. Noch liegt die Jewish Agency in den Anfängen. Ihr eigentlicher Grundgedanke wird von Juden nicht ausgesprochen. Er ist aber klar und bedeutet, daß Palästina mit Jerusalem mit der Zeit zur national-jüdischen Welthauptstadt gemacht werden und eine national-jüdische Weltvertretung erhalten soll. Den Keim hierzu bildet die Jewish Agency. Das ist gleichzeitig der alte Grundgedanke des Alljudentums, wie es durch den Zionismus dargestellt wird, und wie es Weizmann, Sokoloff u. a. m. durch Lord Rothschild dem damaligen Minister Balfour inspiriert haben. Schlau wie diese Herren sind, und noch mehr zu sein glauben, haben sie sehr naheliegenden Einwürfen vorgebaut und Balfour veranlaßt, den Satz zu schreiben: „Dabei ist klar zu verstehen, daß nichts getan werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte vorhandener nichtjüdischer Gemeinden in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte." — Die Tatsachen freilich haben seitdem diesen Satz Herrn Balfours Lügen gestraft: die bürgerlichen und religiösen Rechte der Araber in Palästina werden fortgesetzt beeinträchtigt. Die Rechte und die politische Stellung aber der Juden in anderen Ländern sind nicht beeinträchtigt worden, sondern befinden sich in tropischem Wachstum. Freilich ist dabei alles getan, was zu solcher Beeinträchtigung von Rechts wegen führen müßte.

Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der nach außen hin am Zionismus manches auszusetzen hat, auch taktisch bestimmt ist, getrennt von den Zionisten zu marschieren, schrieb im Sommer 1920 mit dem Instinkt des bösen Gewissens: Die politischen Vereinbarungen in San Remo über Palästina haben an der Stellung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Juden im und zum deutschen Vaterlande nichts geändert. Sie fühlen sich staatsbürgerlich, kulturell und national wie bisher als Glieder des deutschen Volkes. Diese Tatsache hindert uns nicht, aus Juden- und Menschenpflicht an allen Bestrebungen mitzuarbeiten, die darauf abzielen, normale menschenwürdige Daseinsbedingungen aller Orten und insbesondere in Palästina für alle diejenigen Glaubensgenossen zu schaffen, die in ihren gegenwärtigen Verhältnissen nicht leben können."

Aus jeder Zeile sieht die Angst heraus, die Oeffentlichkeit könne den großen Betrug merken. Das böse Gewissen macht unsicher. Man stand vor der Frage, ob es richtiger sei, mit Schweigen über den heiklen Punkt hinweg zu gehen, in der Hoffnung, daß der dem Judentum kritisch oder ablehnend gegenüberstehende Teil innerhalb der verschiedenen Völker ihn nicht oder nicht rechtzeitig merke, oder aber die Taktik des Vorbeugens zu wählen. Der Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat die letztgenannte Methode gewählt. Das war vielleicht unvorsichtig von ihm. Die erste Methode wäre in diesem Falle die klügere gewesen. Der Zentralverein erklärte: die Vereinbarungen über Palästina hätten an der Stellung der überwiegenden Mehrheit (ein sehr beliebter Ausdruck, besonders bei allen denen, die über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit ihrer Behauptung nichts wissen) der deutschen Juden in und zum

deutschen Vaterlande nichts geändert. „Sie fühlen sich staatsbürgerlich, kulturell und national wie bisher als Glieder des deutschen Volkes." Das ist sehr gütig. Wir Deutschen sind aber so unbescheiden, für uns die Entscheidung zu beanspruchen, ob wir die Juden staatsbürgerlich, kulturell und national als Glieder des deutschen Volkes anerkennen. Vor drei Jahren gab der Vorstand des Zentralvereins diese Erklärung ab. Der „Reichswart" nahm damals entsprechende Stellung zu ihr. Heute kann man feststellen, daß die inzwischen verflossenen drei Jahre die Erkenntnis innerhalb des deutschen Volkes mächtig gefördert haben, daß die sogenannten deutschen Juden unglücklicherweise staatsbürgerlich noch in Deutschland heimatberechtigt sind, und national noch auch sonst in einer anderen, als einer gegensätzlichen und schädlichen Beziehung, zum deutschen Volk stehen.

Die ängstliche Sorge des Zentralvereins und ungezählter anderer Juden ist die, daß der Kniff mit der nationalen Heimstätte zu Palästina vorzeitig bekannt werde. Er ist bereits im Balfourbrief enthalten; auch dieser schon beugt vor, indem er sagt: es dürfe nichts getan werden, was die bürgerlichen und religiösen Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte! — Nun hat mittlerweile der Völkerbund zu Genf dem Vize-Zion der britischen Regierung ihre Pflichten dem Judentum gegenüber formuliert. Die „Jewish Agency" steht seitdem auf der Tagesordnung. Ihr Ziel ist klar und ergibt sich folgerichtig aus der jüdischen Palästinapolitik seit langen Jahren. Die „Jewish Agency" soll zu einer Weltvertretung des jüdischen Volkes werden, einer Vertretung also, die auf eigenem Grund und Boden stände und von ihm aus arbeitete, eine Vertretung und Repräsentation des jüdischen Volkes bzw. dessen Glieder in allen Teilen der Welt, sei es in Deutschland, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten usw. usw., würde in Jerusalem offiziell vertreten sein. Das jüdische Weltreich hätte endlich, und als solches zum ersten Male, einen anerkannten politischen Mittelpunkt und würde sich damit ebenfalls zum ersten Male als einheitliches Weltreich dokumentieren. Die Zionisten sind zuweilen aufrichtig genug, um auch zu sagen, daß ein Jude ein Jude ist und bleibt, und weder ein Deutscher noch ein Engländer, noch ein Chinese werden kann. Das jüdische Weltreich aber gibt auch der Zionist nicht als vorhanden zu, begreiflich genug! Das Judentum verfährt nach dem Worte Disraelis: Die jüdische Macht sei am stärksten, wenn sie unsichtbar wirke! — Die übrigen Juden vollends kennen keinen Juden: Gibt es überhaupt Juden? Wir sind Deutsche, Franzosen, Amerikaner, Galizier, bekennen uns zum Teil zum jüdischen Glauben. Einen Juden aber kennen wir nicht. Früher soll es einmal Juden gegeben haben. Eine jüdische Rasse gibt es nicht, Rassen gibt es bekanntlich überhaupt nicht. Diese sind nur die ebenso dumme wie ruchlose Erfindung der Antisemiten! —

Wahrheit und Klarheit ist immer erfreulich und anzustreben, selbst in den unangenehmsten Dingen. Das jüdische Weltreich ist eine Tatsache, folglich alles zu begrüßen, was diese Tatsache auch weltsichtbar macht. So gesehen, wäre es nur erfreulich, auch vom deutschvölkischen Standpunkt aus auf das wärmste zu befürworten, daß Jerusalem der allseitig anerkannte Mittelpunkt des jüdischen Volkes würde. Wir hören hier den jüdischen Einwurf: wie kann man davon überhaupt nur sprechen angesichts der wirklichen Lage, daß laut dem Beschlusse des Völkerbundes das jüdische Volk zwar Palästina als nationale Heimstätte erhalten hat, ihm jedoch das Land nicht gehört, Großbritannien vielmehr der Vormund ist! Die „Jewish Agency" vollends habe nicht einmal beschließende oder gesetzgebende Kraft, die arabische Stimmung und die Sympathie weiter britischer Kreise für diese bilde eine wachsende Gefahr, kurz es sei eine gehässige antisemitische Entstellung die nationale Heimstätte und die „Jewish Agency" in solchem Sinne aufzufassen. — Vor dem Kriege würden dieselben Juden mit gleicher Entrüstung das Ziel einer nationalen Heimstätte in Palästina mit Jerusalem und den heiligen Stätten in Abrede gestellt haben. Trotzdem war es ein alter zäh verfolgter jüdischer Plan, den man, als er plötzlich reif wurde, in entschlossener Schnelligkeit zur Tat werden ließ. Die „Jewish Agency" ist ein klug angelegter Anfang. Der Jude, der heute in der Berliner Grenadierstraße Rentenmark und Devisen „handelt", bringt es bald dahin, ein „Wechselgeschäft" aufzumachen, und nicht lange nachher sieht man ihn als „Generaldirektor" und Beherrscher eines Bankpalastes mit Inhalt. So soll und wird es auch mit Palästina und der „Jewish Agency" gehen. Der Jude hat gelernt zu warten, auf lange Sicht zu rechnen und zu arbeiten.

Zu einer solchen Entwicklung sollen aufrichtige Erfolgs- und Glückwünsche nicht gespart werden, und soll der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß sie sich recht schnell vollzieht. Nur eine bescheidene Forderung und Einwendung: das „jahrtausendlange Sehnen" der armen Juden, nicht mehr der, wie Schopenhauer sagt, „Johann ohne Land unter den Völkern" zu sein, sondern ein nationales Heim zu besitzen, als Volk und Staat erster Ordnung von der ganzen Welt anerkannt zu werden, wäre erfüllt. Da müßte der jüdische Stolz und das Bewußtsein des auserwählten Volks nun endlich ohne Ausnahme bewirken, daß jeder Jude sich als Jude bekennt. Auch die Staatsbürger jüdischen Glaubens, die national-deutschen Juden und die „vollkommen assimilierten Juden" müßten wieder die Entdeckung machen, daß es wirklich Juden gibt, daß sie ein Volk sind und auch sie zu ihnen gehören.

Die nationale Heimstätte führt in ihren Konsequenzen logisch und zwingend zur anerkannten jüdischen Nation. Dessen waren sich die Urheber des Balfourbriefes ganz bewußt. Sie begriffen auch, daß sich für die übrigen Völker daraus unmittelbar die Frage ergeben müsse: wenn das so ist und damit nunmehr alle Juden zur jüdischen Nation gehören, — wie ist es damit vereinbar, daß sie zugleich Deutsche (usw.) sein wollen und alle Rechte des deutschen Staatsbürgers nach wie vor beanspruchen. Diese Rechte gab man ihnen, — auch von diesem Standpunkte freilich höchst bedauerlicher- und unrichtigerweise — weil man von der Annahme ausging, ein jüdisches Volk gäbe es nicht. — Nun will der Jude beides haben und hat es bis jetzt. In Deutschland bekleiden sogar jüdische Zionisten, ungeachtet der gepriesenen Aufrichtigkeit dieser Kategorie von Juden, hohe Staatsämter. Menschlich, — richtiger: jüdisch —, kann man gut genug verstehen, daß die Juden lieber beides nehmen als nur eins; daß sie „vollkommen deutsch fühlen" als „Staatsbürger", ob Zionisten, ob Deutsche jüdischen Glaubens, ob nationaldeutsche Juden, und dabei mit Freuden und mit allen Kräften und unter allen Masken auf Ausgestaltung des jüdischen Weltzentrums hinarbeiten, zu dem der Balfourbrief der britischen Regierung den Grund gelegt hat.

Im Mittelalter nicht allein, sondern bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit, am längsten in Rumänien, haben die jüdischen Gemeinden die Offenheit gehabt, sich ihrerseits durch ihre Vertreter als „jüdische Nation" zu bezeichnen, und zwar aus eigenem Antriebe. Erst die „Emanzipation" änderte die Sache. Seitdem war ein besseres Geschäft zu machen, wenn man sich als vollkommen deutsch usw. fühlend bezeichnete. Nun wird auf die Dauer diese Maske durchsichtig werden und nicht minder das doppelte Spiel. Die ganze Welt hätte das größte Interesse daran, daß endlich die jüdische Frage geklärt wird. Zuerst muß natürlich der Jude selbst geklärt werden. Er gehört zu seinem Volk. Dieses Volk hat jetzt in Palästina seinen anerkannten nationalen Mittelpunkt, der politisch und diplomatisch die größten Entwicklungsmöglichkeiten enthält. Das Judentum ist zu deren Ausnutzung entschlossen. Möge es dort früher oder später, aber so schnell wie möglich, sich politisch vertreten lassen, mit Autorität über alle Juden des Erdballs! Folgerichtig muß jeder Jude ein Glied der jüdischen Nation sein und hat somit als „Staatsbürger„ in Deutschland nichts zu suchen, ob er auch noch so „deutsch fühlt". Die Taktik der doppelten Buchführung aber können wir als Deutsche zu unserm lebhaften Bedauern nicht anerkennen: daß auf der einn Seite die „nationale Heimstätte" mit der Vertretung aller Juden anerkannt auf der Bildfläche erscheint, auf der andern jüdischerseits weiter verlangt wird, in Deutschland alle bürgerlichen und politischen Rechte zu besitzen. Der neue nationale Weltmittelpunkt des Judentums in Palästina ist eine den Nagel auf den Kopf treffende Bestätigung der deutschvölkischen Forderung, daß der Jude seiner staatsbürgerlichen Rechte in Deutschland zu entkleiden ist, um beiderseits einen normalen, naturgegebenen und gerechten Zustand herzustellen. Die Juden sind ein Volk, eine Nation und haben Anspruch darauf, als solche behandelt zu werden.

Antike Gemälde
zu kaufen gesucht
Rudolf Schmidt & Co. • Antiquitäten-G. m. b. H.
Berlin W 66, Wilhelmstraße 46—47
Schätzungen unentgeltlich

Die Lösung des sozialen Problems.

Auch zu diesem Aufsatz Herrn A. Stieblers wird kritisch Stellung genommen werden. E. R.

Nachdem wir im ersten Artikel „das soziale Problem" vollkommen entschleiert und erkannt haben, daß es in dem durch das Erbrecht und die Profit-(Ausbeutungs-)wirtschaft geschaffenen Gegensatze von „Vermögen" (aufgefaßt als „Leistungsansprüche") auf seiten der besitzenden Klassen zu der „Leistungspflicht" (Notwendigkeit, arbeiten zu müssen) auf seiten der Besitzlosen besteht, wollen wir die Frage untersuchen, welche Möglichkeiten zur „Lösung des sozialen Problems" bestehen.

Möglichkeiten, den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, also die Besitzunterschiede, zu beseitigen, gibt es natürlich eine ganze Menge. Ehe man eine davon wählt, muß man sich darüber klar werden, welches das Ziel ist, das man erreichen will. Als Ziele zeigen sich „der proletarische Staat" und „der soziale Staat".

Dasjenige Ziel, für das heute am meisten Propaganda gemacht wird, ist der proletarische Staat, wie ihn der Marxismus als Ideal aufstellt. In ihm soll die Einzelwirtschaft, die Wirtschaft mit Einnahmen und Ausgaben des einzelnen Staatsbürgers vollkommen beseitigt werden. Alles Eigentum soll auf den Staat übergehen. Jedermann soll nur noch für den Staat arbeiten, der ihm aber keinen Lohn zahlt, sondern für seine Lebensbedürfnisse sorgt. Zur Essenszeit liefert ihm der Staat seine Mahlzeit. Wenn der Staatsbürger ein Paar Stiefel, neue Kleidung usw. gebraucht, so erhält er diese nach Prüfung des Bedürfnisses (was wir ja von der Kriegsbezugsscheinwirtschaft her kennen) und der nötigen Formalitäten vom Staate geliefert. Die Kinder werden, sobald sie der körperlichen Betreuung durch die Mutter irgend entraten können, vom Staate aus der Familie genommen und in Erziehungsheimen zu braven marxistischen Staatsbürgern erzogen. — Da nach einer marxistischen Ansicht „auch der Arbeiter Anspruch auf eine gutgepflegte Frau hat" (ob er selbst auch die Pflicht hat, „gut gepflegt" zu sein, ist mir unbekannt!) so werden im marxistischen Staate die Frauen kommunalisiert bzw. sozialisiert, d. h. zu staatlich betriebenen Gebärmaschinen gemacht. (In der Sowjetrepublik Saratow ist die Kommunalisierung der Frauen tatsächlich durchgeführt worden!).

Alle Kulturgüter: Kunstgenuß, Sport, Reisen, Bildung, Musik werden im marxistischen „Paradies auf Erden" dem Staatsbürger amtlich zugemessen.

Dieser marxistische Staat ist kein Paradies auf Erden und nicht einmal ein sozialer Staat, sondern vielmehr ein Zuchthaus. Da es darin keiner zu Vermögen (Kapital!) bringen darf und keiner mehr Güter erhält, als er gerade zum eigenen Verbrauche benötigt, so bemächtigt sich naturgemäß aller Staatsbürger in wirtschaftlicher Hinsicht eine vollkommene Hoffnungslosigkeit. Die gesunde, werteschaffende wirtschaftliche Selbstzucht, d. h. der in der ganzen Natur wirkende Selbsterhaltungstrieb ins Wirtschaftliche übertragen, wird vollkommen lahm gelegt. Da durch den marxistischen Staat nicht etwa „freie Bahn dem Tüchtigen" geschaffen wird, sondern vielmehr der Tüchtige hinsichtlich seiner Erfolge auf die Ebene des Untüchtigen herabgedrückt wird, stellt sich alsbald das allgemeine Streben darauf ein, den staatlich gewährleisteten Lebensunterhalt für so wenig Arbeit wie möglich zu erhalten. Die Folge ist ein rasches Sinken der Produktion, Stocken der Verkehrseinrichtungen, Unzulänglichkeiten in der Gütervertеilung und Versorgung, schließlich: Verarmung, Hunger und Elend, also eine wirkliche und wahrhaftige „Proletarisierung" aller Staatsbürger im übelsten Sinne.

Von marxistischen Führern wird, wenn man auf die zuchthausmäßige Organisation des marxistischen Staates hinweist, vielfach entgegnet: „So stellen wir uns heute den Zukunftsstaat keineswegs mehr vor!" Dieser Einwand ist richtig und doch falsch. Tatsächlich kann der marxistische Staat gar nicht anders organisiert sein, als kasernen- bzw. zuchthausmäßig. Er wird, sofern man ihn auch nur einige Zeit betreiben will, gezwungen sein, alle Ausgaben auf das geringste Maß zurückzuschrauben und so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Daher wird die öffentliche Speisung, die Erziehung der Kinder auf Staatskosten usw. nicht zu umgehen sein. Trotzdem wird der Staat zugrunde gehen müssen infolge der allgemeinen Arbeitsunlust seiner Bürger, die eine Folge der durch die Unmöglichkeit, Eigentum zu erwerben erzeugten wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit sein wird. Der marxistische Staat wird nicht imstande sein, die Bürger zur Arbeit für den Staat zu zwingen, es sei denn, er beauftragt für je zehn Arbeitspflichtige immer einen mit der Peitsche bewaffneten Aufseher, wodurch der zuchthausmäßige Zuschnitt des Staates natürlich potenziert werden würde.

Richtig aber ist der Einwand der Marxisten gegen die Schilderung ihres Zukunftsstaates mit Hinblick auf Rußland. Dort ist angeblich der marxistische Staatsgedanke verwirklicht und trotzdem ist der Staat kein Zuchthaus. Das kommt daher, daß man in Rußland, nachdem sich ergeben hatte, daß der marxistische Staat lebensunfähig sei, den Marxismus einfach beiseite gelegt hat. Rußland wirtschaftet heute gar nicht mehr marxistisch. Die ursprüngliche marxistische Staatsidee ist vollkommen fallen gelassen worden, nur die ursprünglichen Träger dieser Idee, d. h. die Führer, sind geblieben. Heute gibt es in Rußland wieder Eigentum und Kapital, Unternehmer und Arbeitnehmer usw., ja sogar Luxus in gesteigerter Form gegenüber dem zarischen Rußland. Die Läden in Moskau sind voller Luxusgüter und Genußmittel, zu deren Kauf in einem marxistischen Staate eigentlich kein Mensch die Mittel haben dürfte.

Wenn die Russen auf dem Wege des Abbaues der marxistischen Idee fortfahren, so kann es vielleicht dahin kommen, daß sie einen wirklich sozialen Staat schaffen. Ob die Führer dies im Sinne haben und ob es daher dazu kommen wird, bleibt freilich abzuwarten.

Der marxistische Staat kann allenfalls ein Ideal für die Minderwertigsten sein, für Jene, die das Gefühl haben, daß sie in einem Staate, in dessen Wirtschaft sich der Erfolg nach der Leistung regelt, keine Aussicht haben, auch nur eine bescheidene Höhe zu erklimmen. Er ist ferner das Ideal aller Derjenigen, die schon heute genau wissen, daß er für sie kein Zuchthaus sein wird, daß ihnen vielmehr die Möglichkeit bleiben wird, Vermögen aller Art zu erwerben, daß ihnen die Lebensbedürfnisse überreichlich zugemessen werden, daß ihnen keine hübsche Frau wegkommunalisiert werden wird, daß sie aber die Macht haben werden, allen mit weniger Gewalt Ausgestatteten nach Belieben die Frauen wegzunehmen . . .

Ein „sozialer" Staat" ist also der marxistische Staat keineswegs. Unter einem wirklich sozialen Staate hat man einen solchen zu verstehen, in dem es möglichst wenig Arme und Reiche, aber möglichst viel Wohlhabende gibt. Ein solcher Staat kann nicht durch eine allgemeine Enteignung aller Bürger zustande kommen, sondern lediglich durch eine verständige Besitzverteilung, eine Besitzverteilung, die auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit beruht. Es dürfte ohne weiteres klar sein, daß es bei der Umbildung unseres unsozialen in einen sozialen Staat nur darauf ankommen kann, in den Prozeß der Bildung der Vermögen ein wirksames Korrektiv einzuschalten, das die naturwidrige unsoziale Aufhäufung von Leistungsansprüchen (Vermögen) in der Hand Einzelner oder einzelner Klassen verhindert.

Da wir gesehen haben, daß eine Vorbedingung für die Wertbeständigkeit des Besitzes das gleichzeitige Vorhandensein eines zahlreichen, arbeitshungrigen Proletariates ist, so liegt es auf der Hand, daß man „die soziale Frage" außer nach dem marxistischen Rezepte z. B. auch dadurch lösen könnte, daß man die proletarischen Ehepaare durch Propaganda veranlaßte, möglichst wenig Kinder zu erzeugen. Dadurch würde allmählich die Möglichkeit für die Besitzenden, ihr Vermögen (Leistungsansprüche) in Arbeit (Leistung) umzutauschen, immer geringer, der Preis der Arbeitsleistung würde immer höher, das Vermögen der Besitzenden würde, in Leistung umgerechnet, immer geringer werden. Die Besitzenden würden also dergestalt allmählich enteignet und damit die ungerechten Besitzunterschiede aufgehoben, die soziale Frage gelöst werden.

Dabei ist aber zunächst zu bedenken, daß die Besitzenden gegen die ihnen drohende Enteignung Gegenmaßregeln treffen würden. Zunächst würden sie wahrscheinlich auch ihrerseits das „Einkindersystem" einführen, durch das ihre Zahl entsprechend der Wertminderung ihres Vermögens dauernd verringert werden würde, so daß die verhältnismäßigen Unterschiede bzw. Gegensätze der Besitzverteilung erhalten blieben. Des weiteren würden sie danach streben, das Ueberangebot an Arbeitskräften (Leistungsangebot), auf dem der Wert ihres Vermögens (ihrer Leistungsansprüche) beruht, durch Förderung der Einwanderung von Arbeitskräften (Proletariern) aus anderen Ländern wieder herzustellen. Wir wissen, daß vor dem Kriege die Landwirtschaft z. B. große Massen Arbeitsheloten niederer Kulturstufe aus Galizien und Polen heranzog und sich dadurch die Möglichkeit verschaffte, innerhalb der Profitwirtschaft größere Leistung gegen geringeren Leistungsanspruch (Lohn) einzutauschen. Wir wissen ferner, daß in deutschen Unternehmerkreisen zeitweise ernstlich der Plan erwogen wurde, chinesische Kulis in großem Maßstabe heranzuholen. Es ist uns auch bekannt, daß das französische Kapital, um dem Proletarierschwund infolge des allgemeinen französischen Geburtenrückganges entgegenzuwirken, ganze Kolonien von algerischen und negerischen Arbeitern in Frankreich angelegt hat, ohne Rücksicht auf die dadurch drohende Vernegerung des französischen Volkes. (Das Kapital kennt gegenüber seiner Besitzselbstsucht überhaupt keine Rücksichten; weder solche der Menschlichkeit, noch solche des völkischen Wohlergehens, noch solche nationaler oder irgend welcher anderen Art.)

Es muß aber auch bedacht werden, daß eine „Lösung der sozialen Frage" auf dem Wege der Geburtenbeschränkung seitens des Proletariats die gesamte Volkswirtschaft, solange sie eben auf der Gütererzeugung beruht, zunichte machen würde. Ein Staat, dessen Bewohnerzahl immer weiter zurückgeht, ist ferner dazu bestimmt, von anderen, volkreicheren, im völkischen Aufblühen begriffenen Staaten zertrümmert zu werden. Diese Gefahr lag vor dem Kriege unzweifelhaft für Frankreich sehr nahe. Aus diesem Grunde mit, hat es sich bei der Anzettelung des Krieges beteiligt, um — solange es dazu noch die Kraft aufbringen konnte und bündnisfähig wäre — Deutschland

Detektiv-Institut.
Hauptmann Holtz,
Leipziger Str. 103, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1978.
Erstklassige Erfolge!

so zu schwächen. Daß es ihm nicht mehr gefährlich werden könne (vingt millions de trop!). (Frankreich bedenkt nur nicht, daß es einem Schwachen nichts nutzt, einen Starken im Vereine mit anderen Starken zu Boden zu ringen, sofern es nicht gewiß ist, daß die anderen Starken ihm immer als Hilfe zur Verfügung stehen werden. In der Politik zumal kommt ganz sicher immer einmal eine Lage, in der Jeder auf sich selbst angewiesen ist — — — und dann — — — ! ! !)

Die Geburteneinschränkung oder der Gebärstreik wäre also Selbstmord — auch für das Proletariat — und ist demnach ungeeignet, als Korrektiv gegen die Anhäufung von Leistungsansprüchen (Vermögen) in der Hand der Besitzenden zu dienen.

Ein anderes Korrektiv, das man in den Prozeß der Entstehung des sozialen Problems einschalten könnte, bestünde in wirksamen Steuern. Nicht nur Steuern auf Erbschaften, sondern auf den Besitz im weitesten Sinne. Dieser Weg würde unbedingt zum Ziele führen, denn man kann natürlich die Steuern so erhöhen, daß sie den Besitz — also die Leistungsansprüche — vernichten. Ganz sicher wäre aber auch dieses Verfahren nicht zum Heile des Staates. Man würde dadurch nämlich in kürzester Frist den marxistischen Staat herbeiführen. (Daher schreien ja auch die marxistischen Parteien dauernd nach übertrieben hohen Besitzsteuern.) Uebertrieben hohe Steuern bedeuten einfach „Enteigung", und da diese Enteignung zum Besten des Staates erfolgt, so würde in ihrer Folge „aller Besitz dem Staate" zufallen. Durch übertriebene Steuern wird zudem ebenfalls die Schaffens- und Arbeitslust lahm gelegt, die Produktion zum Erlöschen gebracht und das Volk zu Hunger und Elend verurteilt. Auch dieser Weg zur „Lösung der sozialen Frage" muß daher abgelehnt werden, da er nicht zum sozialen Staate führt.

Auch „soziale Gesetze" sind natürlich ungeeignet, die soziale Frage wirklich zu lösen. Sie sind höchstens dazu angetan, das Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber seiner größten Schärfen zu berauben bzw. die Selbstzucht des Arbeitgebers ihrer schlimmsten Auswüchse zu entkleiden. Anstatt die soziale Frage zu lösen, sind soziale Gesetze infolgedessen nur dazu angetan, die Unzufriedenheit, also das Gefühl der Hoffnungslosigkeit auf seiten des Arbeitnehmers zu verringern und ihn dadurch vor gewaltsamen Versuchen, die soziale Frage auf seine Art zu lösen, abzuhalten. Des ferneren werden die denkunfähigen Führer der Arbeitnehmer durch solche sozialen Gesetze auf ein falsches Gleis gelockt, indem sie meinen, durch „Ausbau" dieser Gesetze würde es möglich sein, die Lösung der sozialen Frage herbeizuführen. Sie werden dadurch also gehindert, über einen Weg zur wirklichen (grundsätzlichen) Lösung der sozialen Frage nachzudenken.

Ebenso ist es mit dem „sozialen Lohne", d. h. mit Lohnerhöhungen, die das materielle Lebensniveau des Arbeiters au foder über das des sogenannten „Mittelstandes" emporheben. Selbstverständlich beschwichtigt eine besonders hohe Entlohnung den denkschwachen Arbeiter vorübergehend und läßt ihm die grundsätzliche Lösung der sozialen Frage nicht als dringend erscheinen. Trotzdem ist es eine vollkommene Narrheit, anzunehmen, daß auf dem Wege des Lohnkampfes „die soziale Frage" gelöst werden könne. In den letzten Jahren, die unter dem Zeichen der dauernden Geldentwertung standen, haben die Arbeiter verhältnismäßig große Erfolge in ihrem Streben nach Lohnsteigerung gehabt, weil der sinkende Geldwert dem Arbeitgeber das Wiedereinholen zu hoher Löhne leicht machte und weil durch die Geldentwertung die Verhältnisse des gesamten Wirtschaftslebens sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer vollkommen unübersichtlich wurden. Sobald aber wieder einmal stabile Verhältnisse eintreten werden, wird der Lohnkampf in ein entscheidendes Stadium treten müssen. Dann wird es sich ergeben, ob die Arbeiter mit einem Lohne zufrieden sein werden, der es dem Unternehmen ermöglicht, weiter zu existieren. Ein solcher Lohn kann dann keinesfalls wesentlich höher (verhältnismäßig) als vor dem Kriege sein. Sind die Arbeiter mit einem solchen Lohne aber nicht zufrieden, wollen sie also das wirtschaftliche Niveau haltn, das sie in den Zeiten der Geldentwertung errungen haben, so werden die Unternehmungen lebensunfähig werden, denn dann schwindet nicht nur der Unternehmergewinn, sondern überhaupt die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, weil nach alter Erfahrung zwar ein Mensch auf einem Pferde, aber niemals ein Pferd auf einem Menschen reiten kann, weil ein „Kapitalist" zwar 10 000 Arbeiter ausnützen kann, aber niemal umgekehrt 10 000 Arbeiter einen „Kapitalisten" aussaugen können. Der Gewinn des Unternehmens, unter die Arbeitnehmer aufgestellt, ergibt für jeden nur eine Belanglosigkeit.

Auf dem Wege der „sozialen Entlohnung" kann also niemals „die soziale Frage gelöst" werden, denn solange die Entlohnung sich im Rahmen der Mehrwertwirtschaft hält, so lange also das Unternehmen einen Gewinn abwirft, so lange schafft der Arbeiter durch seine Arbeit neue Leistungsansprüche gegen sich. Er arbeitet also nicht mit seiner Arbeit seine Leistungsschulden ab, sondern häuft von ihnen, je mehr er arbeitet, um so mehr auf.

Demnach bliebe meines Erachtens nur noch ein einziger Weg, um den sozialen Staat zu schaffen. Wir haben im vorigen Artikel gesehen, daß der unerträgliche Gegensatz zwischen Leistungsansprüchen (Vermögen) und Besitzlosen (Proletariat) hauptsächlich durch das Erbrecht entsteht. Das Erbrecht verleiht sowohl dem Leistungsanspruch wie auch der Leistungspflicht gegen den offenbaren Willen der Natur ewiges Leben. Das Erbrecht schafft ferner dämonische Wirtschaftswesen, die zugunsten ihres Besitzers arbeiten und Leistungsansprüche schaffen ohne Gegenleistung und eignen Lebensbedarf. Gegenüber diesen Wirkungen des Erbrechtes schrumpfen die Wirkungen der Profitwirtschaft zur Wesenlosigkeit zusammen. Ja, wir haben sogar gesehen, daß es nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, denjenigen, die imstande sind, sich durch erhebliche Mehrleistung über den Lebensbedarf hinaus (also durch Vorleistung) einen Vorrat von Leistungsansprüchen (Vermögen) zu schaffen, bei der Geltendmachung dieser Ansprüche Hindernisse in den Weg zu legen, selbst wenn die Geltendmachung im Rahmen der Profitwirtschaft erfolgt. Daß es vielmehr im Interesse des Staates (der Wirtschaft) liegt, solchen „Tüchtigen" nach Möglichkeit (d. h. soweit es irgend mit dem Allgemeininteresse vereinbar ist) den Weg frei zu geben (Freie Bahn dem Tüchtigen!).

Wenn wir also das Korrektiv, das die Anhäufung von Leistungsansprüchen verhindern soll, nicht in die Mehrwertwirtschaft, also in den Prozeß der Erzeugung und Verteilung der Güter, einschalten wollen, so bleibt nur die einzige Möglichkeit, es dort einzuschalten, wo, wie wir erkannt haben, die schlimmste, weil naturwidrigste und am reichlichsten fließende Quelle der unsozialen Besitzverteilung liegt, bei der Uebereignung von Leistungsansprüchen durch Erbgang. Der Weg, den wir „zur Lösung der sozialen Frage" am ehesten gehen können, heißt also: Abbau des Erbrechtes! (Schluß folgt.)

Hamburger Bank von 1923.

Zum zweiten Male in 100 Jahren hat die Freie und Hansestadt Hamburg sich vom Einfluß des übrigen Deutschland auf ihr Geldwesen frei gemacht. Man mag das antinational oder unvölkisch nennen, jedenfalls war es klug und der Stadt Hamburg von Nutzen.

Im Jahre 1858 brauste die Geldkrise über Europa dahin. Hamburg war besonders schlimm betroffen. Da schafften sich die Hamburger Kaufleute, schon damals an nüchternes Denken und Rechnen gewöhnt, durch Vermittlung des heute noch existierenden dänischen Hauses H. Pontoppidan u. Co. in Hamburg einen starken Silberschatz aus Dänemark, hinterlegten ihn in ihrer Bank und schufen daraufhin die Mark Banco, nach der ich in meiner Jugend noch gerechnet habe. Durch diese Tat wurde unsägliches Elend von der Kaufmannschaft und damit auch von der Bevölkerung abgewendet.

Und wiederum in diesem Jahre hat Hamburg sich in seiner Weise geholfen durch Gründung der Hamburger Bank von 1923. Diesesmal bedurfte es nicht der ausländischen Kredithilfe, hochherzige Hamburger selbst haben aus ihren Beständen an fremden Geldsorten, Metallwerten, Auslandsguthaben u. dgl. einen Teil in der Hamburger Bank von 1923 niedergelegt, und auf Grund dieser absolut realen Sicherheiten gibt die Bank sogenannte „Goldmark-Verrechnungsscheine" aus. Diese Verrechnungsscheine sind, da sie „Volldeckung" haben, nach dem heutigen — durchaus falschen — Stande der Wissenschaft tatsächlich „wertbeständig" im Gegensatz zu dem übrigen Reichs- und Staatsgeld, für das dieser Begriff völlig zu Unrecht und aus allzu durchsichtigen Gründen in reklamehafter, eines Staatswesens unwürdiger Weise dem Volke mit Hilfe der Presse suggeriert ist, denn jenes Geld hat teils gar keine, teils schlechte und völlisch illusorische „Deckung".

Detektive von Bredow-Daué, Berlin 25 jähr. Praxis m. Kriminaltätigkeit, Ermittelungen — Beobachtungen
Jerusalemerstr. 22 Jtr. 5338 **Auskünfte** Babelsbergerstr. 42 Ufl. 3178

Nun ist aber Hamburg ein kleines Staatswesen von beiläufig 1 000 000 Seelen, das fast ausschließlich von Handel und Schiffahrt lebt, bei dem daher große Mengen Gelder fremder Länder aus- und eingehen, dem es also keine besonderen Schwierigkeiten bereitete, einen gewissen Betrag des Geldes, an das die Außenwelt als vollwertig glaubt, unproduktiv und zinslos hinzulegen. Aber man darf dabei doch als Philosoph auf dem Gebiete des Geldwesens nicht übersehen, daß das hinterlegte Auslandsgeld kein absoluter Wert ist, sondern ebensogut Valutaschwankungen unterliegen kann und wird, sobald die politische Lage des Landes, aus dem das Geld stammt, sich verschlechtert. Ebensowenig darf man auch auf die Dauer damit rechnen, daß außerdeutsche Staaten es zulassen, daß ihre Zahlungsmittel in nennenswerter Menge von anderen Staaten als Deckung für eigene Wertzeichen festgelegt, also dem Verkehr des Heimatlandes entzogen werden. Die Hamburger Bank hat sich also völlig freigemacht von der Währungspolitik des Reiches und arbeitet mit den Währungen anderer, solider fundierter Länder.

Das Hamburger Goldgeld unterscheidet sich aber in einem ganz fundamentalen Punkte vom Reichsgelde. Während nämlich auf diesem steht, daß es: „jederzeit nach dem .... aufgerufen und durch andere gesetzliche Zahlungsmittel ersetzt werden" könne, heißt es auf jenem: „Dieser Verrechnungsschein (vom 23. Oktober) erlischt am 30. November 1923." Also ein ganz kategorischer Verfall, wenn der Schein nicht binnen einer Woche zur Kasse der Bank zurückläuft. Damit ist die Hamburger Bank als erste der Welt den Weg gegangen, den ich lehre, daß nämlich Geldzeichen nur Tauschbescheinigung sein dürfen und daher verfallen müssen, sobald sie ihren Zweck, den Tausch zu vermitteln, erfüllt haben. Hätte sie diese meine Lehre sich nicht zu eigen gemacht, so wären ihre Verrechnungsscheine sofort aus dem Verkehr in den Taschen der Erwerbenden verschwunden, genau wie das Goldgeld im Strumpf der Bauern.

Es ist mir eine große und im Interesse meines deutschen Vaterlandes kaum hoch genug zu bewertende Freude, zu sehen, wie zögernd zwar noch und unsicher tastend man allmählich schrittweise auf dem von mir gewiesenen Weg zur Heilung der Menschheit von dem Geldwahn vorwärts geht und daß gerade meine liebe Vaterstadt Hamburg die erste ist, erhöht die Freude noch.

Nun überlege man aber nur die Folgen, wenn alle Staats- und Privatbanken den Weg der Hamburger Bank beschreiten wollten; dann müßte also ein Wert, der mindestens dem gesamten Güterumlauf einer angemessenen Laufzeit entspricht, als Sicherheit brach gelegt werden. Wäre das auch nur entfernt möglich, so könnte ja eine in solchen Mengen vorhandene Sicherheit unmöglich noch Wert haben, niemand würde sie mehr begehren!

Also: quod licet Jovi, non licet bovi. Was einem kleinen Wirtschaftskreis ausgezeichnet dient, nämlich sich die Einrichtungen, die andere Menschen geschaffen haben, nutzbar zu machen, das wird, ins Allgemeine und Große übersetzt, zur völligen Unmöglichkeit.

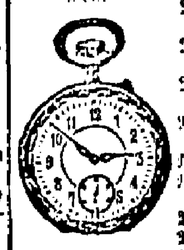
Hier liegt auch der Schlüssel zu der überragenden Macht des Judentums. So paradox es klingt, ihr alles überragender Einfluß auf das Geldwesen liegt darin, daß sie nur etwa 1 vH der Menschheit ausmachen und den Glauben der übrigen 99 vH. der Menschheit an ein System auszubeuten verstehen, das sie selbst längst als falsch erkannt haben. Diese Erkenntnis wird sorgsam gehütet, denn wenn der Irrglaube der Menschheit offenbar wird, ist es mit dem Einfluß des Judentums vorbei.

So geht es nicht nur auf dem Gebiete des Geldwesens, sondern auch auf vielen anderen; nach altasiatischem Rezept ist die Wahrheit ein ausschließliches Vorrecht der höchsten Eingeweihten, dem Volke wird sie vorenthalten. Das ist das absolute Gegenteil altarischen Empfindens und Handelns, das im Lehrstand einen notwendigen Volksteil erblickte.

Zehlendorf, 10. Dezember 1923. Richard Walter.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: H. Lang, Berlin. Verlag: „Der Reichswart", Verlagsges. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 11, Hedemannstraße 12.

Bei Geist darf nicht untergehen!
Nun erst Recht .... Ich bin geboren ...
Ich bin kein hell'ges Fähnchen ...
Hakenkreuz am Stahlhelm ...
Nationale Sprüche
als Postkarten und Wandschmuck stets vorrätig.
Ebenso die Bildnisse deutscher Helden, Führer und Märtyrer (Postkartenformat) wie Schlageter, Görges, Hitler, Ludendorff, Roßbach, Kube, Roth usw. usw.
Völkische u. nationale Kampfliteratur
Angebote u. Prospekte (alle Gebiete der Literatur) nur noch auf Wunsch. Weihnachtsbestellungen erbitte umgehend.
Ratenzahlung, auf wortbeständig. Grundlage.
Nationaldeutsche Versandbuchhdlg. Kurt-Fritz Schwarz, Spezialbuchhdlg. für völkische u. nationale Literatur, Kunst, Musik. Osnabrücke, früher Berlin.
Deutsche, kauft keine Werke volksfremder Verleger und Autoren.

Reklamepreis nur 4.00 Goldmark
kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr
Nachts leucht. nur 0.40 Goldmark mehr

Garant. f. jede Uhr
Nr. 52 stark vernickelt, ca. 30 std. Werk, genau regul. nur 4,00 Goldm.
Nr. 53, dies. m. Scharn., n. 4.50 „
Nr. 54, dies., echt versilb., m. Goldr. u. Scharn., n. 5.00 „
Nr. 55, dieselbe mit bess. Werk ..... nur 6.50 „
Nr. 56 mit Sprungdeckel ganz vergoldet 12.50 „
Nr. 39, Damenuhr, versilb., mit Goldrand, nur 7.50 „
Nr. 79, dies., m. Fm., nur 10.00 „
Nr. 47, Armbanduhr, mit Riemen, ... nur 8.00 „
Wecker, in Messingw., n. 5.00 „
Metall-Uhrkapsel nur 0.25 „
Panzerkette, vernick. n. 0.40 „
„ echt versilb., n. 1.50 „
„ echt vergold., n. 2.00 „
Wertsachen aller Art nehme in Zahlung.
Von diesen Uhren verkaufe jährlich ca. 10 000 Stück.
Uhren-Klose, Berlin 260, Zossener Str. 8

Dir. Eckes Höh. Vorbereit.-Anstalt, **Bln.-Steglitz,** Fichtestr. 24 Stegl. 1562
Alle Klassen (gymn. u. real). Einj. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883.
2 Villen inmitten großer Gärten.

Berlin, Zietenstr. 22. Fischer's Vorber.-Anstalt
f. alle Schulexamina. Abtlg. ab U-III. Gegr. 1888.
Internat.! Damenvorbereitg.! Zahlenang. unerr.
Vorz. Erfolge l. Prosp. Dir. Fischer, Dtlt. d. R. a. D.

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM — HERMANNSWERDER 120
JUGENDHEIM (vom 2. Jahreen) mit LYZEUM f. Mädchen und jüngere Knaben. FRAUENSCHULE mit staatlicher Berechtig. HAUSHALTUNGSSCHULE. ERHOLUNGSHEIM. Idyllische Lage am Wald und Wasser. Seminar für Hauswirtschaftslehrerinnen. Kurse für Privat- und Gutssekretärinnen.

Emil Beck
G. m. b. H.
Speditions-Geschäft
BERLIN SW 61, Teltower Str. 47-48
Fernsprecher: Nollendorf Nr. 2540 u. 2541
Telegramm-Adresse: Flügelbeck

Höchste Rekordpreise
zahle für **Mauserpistolen,** 7,63 mit Anschlagkasten, Leuchtpistolen, alle automatischen Pistolen, Drillinge, **Doppelflinten,** 08 Gläser Prismengläser, Zielfernrohre.
Klewitz, Lehniner Str. 2 Ecke Hasenh.

Ernst Boldt, Grenadierstr. 1 a am Schönhauser Tor
Berlins größtes Geldschranktransportgeschäft
Spezialgeschäft für Auslandstransporte
Verzollung Verpackung
Fernsprecher: Amt Norden 646, 2775 u. 9414

DETEKTIV NABERT
BERLIN Kgl. Krim.-Oberw. a. D.
W., Potsdamer Str. 141. Tel.: Nollendorf 875.
Hamburg-Zweiggesch.-Frankfurt a. M.
Leit. d. Gesch. d. Mitgl. d. D. Offz. B. u. N. D. Offz.

Hoch- u. Tiefbau-, Beton- u. Eisenbeton-Ausführungen
Carl Burchardt
Wohnhäuser, Stall- und Wirtschaftsgebäude, Gründungen mit Pfählen und Brunnen, Bagger- und Rammbetriebe, Erdarbeiten, Eisenbahnbauten, Straßenbau, Brücken, Uferbefestigungen, Kanäle, Wiesenbauarbeiten, Eisenbetonpfähle, Eisenbetonzaunstiele, Zementröhren.
Berlin-Lichterfelde, Berliner Str. 135

Abzeichen-Nadeln

Hakenkreuz u. Stahlhelm vers.		0,75	G.-M
Stahlhelm, vers.		0,50	„
Hakenkreuze, vers., verg.	0,50	0,75	1,— „
„ schwarz-weiß-rot emailliert			2,— „
Totenkopf, vers.		0,75	1,— „
Wikingerschiff, vers.	1,—	2,50	3,— „
Kronen, verg.		0,50	0,75 „
Reichswehrkranz			0,75 „
Deutsche Kokarde			0,20 „
Koppelschloß mit Hakenkreuz vers.			5,50 „
Armreif mit Hakenkreuz vers.			1,— „

Verp. 0,10 Goldm. sowie Porto extra, Preisliste kostenlos. Zusendung nur gegen Voreinsendung des Betrages.
R. W. Dochow
Deutschvölkische Buchhandlung G. m. b. H.
Berlin W 30, Elsenacherstr. 86.
Postscheckkonto Nr. 13077.

Blonde und helläugige Deutsche
organisiert Euch geistig und wirtschaftlich in der Germanischen Gesellschaft!
Auskunft erteilt (geg. Rückporto) Erich Werner, Charlottenburg, Kirchstraße 21.

Alt-China Porzellan Buddhas usw.
Japan-Kunst
große Auswahl günstige Preise
Th. Bohlken, Kurfürstenstraße 122.

Reichswartlose!
Webwaren aller Art wie: Bland-, Wisch- od. Tischtücher, Kissenbezüge, Stoffe i. weiß od. bunt, Hemdenstoffe u. Schürzenstoffe liefert preisw. u. gut an Private.
Emil Hortor, Leinen- und Baumwollwaren, Schönwalde Kr. Sorau
Taschentücher für Damen und Herren m. gestickt. Hakenkreuz

HAMMER
Parteilose Zeitschrift für nationales Leben
Begründer und Herausgeber
Theodor Fritsch
Erscheint im 22. Jahrgang
Führendes, weitverbreitetes völkisches Kampfblatt
Probenummern kostenlos vom Hammer-Verlag, Leipzig 13. Dauerbestellungen richte man an das zuständige Postamt oder übergebe sie dem Briefträger. Bezugspr. 0,30 monatl.